

KOMMENTARE



Getriebene EZB

Walter Serif über die drastische Leitzinserhöhung: Die Zentralbanker haben zu lange gewartet und riskieren deshalb jetzt eine Rezession

Endlich! Die Europäische Zentralbank ist über ihren Schatten gesprungen und hat sich einen Ruck gegeben. Das drastische Anheben des Leitzinses um 0,75 Prozentpunkte ist immerhin der größte Schritt in der Geldpolitik der EZB seit Einführung des Euro. Wie sehr sie dabei aber unter Druck stand, beweist allein die Tatsache, dass die Marktbeobachter schon im Vorfeld die Zentralbanker warnen: Eine Erhöhung um nur 0,5 Prozentpunkte wäre ein klarer Sieg der Tauben über die Falken.

Zinsschritt ändert nichts am Problem: Die Inflation ist gekommen, um zu bleiben

Leider heißt das im Umkehrschluss nicht, dass die Falken jetzt einen heroischen Sieg errungen haben. Nein, die EZB wurde zu ihrer Entscheidung praktisch gezwungen. Sie war nicht mehr Herrin des Verfahrens, die Märkte mussten die EZB erst zum Jagen getrieben. Die alten, vor allem deutschen Vorurteile, dass sich die EZB gar nicht so sehr wie früher die Bundesbank um die Inflationsbekämpfung schert – das alles sind keine Schauermärchen. Dass die Zentralbanker so krass versagt haben, ist selbst im Rückblick noch immer unerklärlich. Sie haben die Gefahr fahrlässig herunter- und sich die reale Welt schön geredet. Und weil sich das am besten natürlich an Personen festmachen lässt, rückt die Präsidentin Christine Lagarde nicht zu Unrecht ins Kreuzfeuer der Kritik. Sie wirkt in der Öffentlichkeit ohnehin so, als würde sie sich für so schöne Dinge wie die Geldentwertung gar nicht interessieren. Damit liefert sie ihren Kritikern Munition, die sich darüber aufregen, das Lagarde im Urlaub lieber James Joyce statt ökonomische Lehrbücher liest. Das klingt lächerlich. Nicht lächerlich ist es aber, wenn Lagarde die wichtige Notenbank-Tagung vor zwei Wochen im US-amerikanischen Jackson Hole schwänzt.

Ob Lagarde und ihre EZB noch die Kurve kriegen und das verspielte Vertrauen zurückgewinnen können, steht jedenfalls auf einem anderen Blatt. Mit der Zinserhöhung hat die EZB zumindest ein

Zeichen gesetzt. Und selbst notorische Kritiker können davon ausgehen, dass die Zentralbank jetzt den Ernst der Lage erkannt hat.

Das ändert aber so schnell nichts am Hauptproblem: Die Inflation ist gekommen, um zu bleiben. Sie wird vielleicht sogar noch über die Zehn-Prozent-Marke springen. Das dürfte die Gewerkschaften ermuntern, mehr Geld für ihre Beschäftigten zu erkämpfen. Die Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie werden zeigen, ob sich das auch noch zu einer Lohn-Preis-Spirale auswächst.

Klar ist jedenfalls: Bis sich die Zinserhöhung auf die Preise auswirkt, kann es noch lange dauern. Wahrscheinlich muss die EZB sogar noch mit weiteren Zinsschritten kräftig nachlegen. Und das hätte fatale Folgen: Die Zeichen stehen auf Rezession. Weil der Zinsanstieg zu spät kommt, könnte er die Wirtschaft abschmieren lassen, falls sich die Leute bei ihren Ausgaben noch mehr einschränken. Die Menschen müssten dann nicht nur zusehen, wie der Geldwert weiter zerrinnt, sie müssten dann auch um ihre Jobs bangen – wenn es besonders schlimm kommt. Der EZB bleibt aber jetzt keine andere Wahl.

Die Bundesregierung muss aufpassen, dass sie die Lage unter Kontrolle behält

Auch deshalb muss der Staat aufpassen, dass er die Lage unter Kontrolle behält. Vor allem muss er jetzt bei jedem Euro, mit dem er den Bürgerinnen und Bürgern hilft, kritisch prüfen, ob die Wirkung auch die richtige ist. Koalitionskompromisse – hier 9-Euro-Ticket, da Tankrabbat, und schon verbrennen Milliarden Euro wie Strohhewer – für solchen Unsinn ist kein Geld mehr da, wenn sich die Rezession mit ihren üblen Nebenwirkungen breitmacht. Dann ist auch politische Fantasie notwendig. Selbst eine Schuldenbremse darf nicht zum ideologischen Selbstzweck werden. Solidarität statt Egoismus, das muss in diesen schweren Zeiten das Motto sein, an dem jeder sein Tun prüfen sollte – das gilt übrigens nicht nur für die Politik.

Brückenbauer nötig

Dirk Hautkapp fürchtet ein Alptraum-Szenario, sollte US-Justizminister Garland Anklage gegen Donald Trump erheben lassen

Eine Supermacht, die sich als Leuchtturm für die Demokratie weltweit empfindet, hat ein ernsthaftes Problem, wenn sich amtierende und ehemalige Präsidenten gegenseitig als „Halbfaschist“ und „Staatsfeind“ beschimpfen.

Wenige Wochen vor den wichtigen Kongresswahlen, die über die politische Gestaltungsfreiheit von Joe Biden und den Rückenwind für seinen potenziellen Wieder-Herausforderer, Ex-Präsident Donald Trump, entscheiden, ist nicht erkennbar, wie sich Amerika aus dieser Krise auf zivile Weise befreien will.

Es stehen sich verfeindete Lager, ähnlich zwei Amerikas, gegenüber, die sich offen mit Verabscheuung und Hass begegnen. Für diese Polarisierung zeichnet vor allem eine zum Kult geratene republikanische Partei verantwortlich. Sie hat sich unter Trump zu einer extremistischen Kraft radikalisiert, die der verfassungsmäßigen Ordnung den Kampf angesagt hat.

Nichts anderes sind gesetzlich-strategische Ränkespiele, Trump

2024 mit der Brechstange zum Wahlsieg zu verhelfen, auch wenn er erneut verlieren sollte. In dieser gefühlten Lage eines kalten Bürgerkriegs besitzen die strafrechtlichen Ermittlungen wegen illegal in Trumps Florida-Domizil Mar-a-Lago gehorteten Staatsgeheimnissen enorme Sprengkraft.

70 Prozent der Wähler glauben, dass die US-Demokratie vor dem Kollaps steht

Sollte Justizminister Garland Anklage erheben lassen, würde Trump wie schon vor dem Sturm aufs Kapitol im Januar 2021 den Mob nach Washington zitiieren. Was dann passieren könnte, decken solide Umfragen ab:

70 Prozent der Wähler glauben, dass die US-Demokratie vor dem Kollaps steht. Hunderttausende sahen sich dann ermächtigt, selbst zu den Waffen zu greifen. Ein Alptraumszenario. Wo bleiben die Brückenbauer?

Frau Römmele, von Olaf Scholz stammt der Satz: Wer bei mir Führung bestellt, kriegt sie auch. Hat er dieses Versprechen eingelöst?

Andrea Römmele: Teils, teils. Am Anfang seiner Kanzlerschaft hat Olaf Scholz den Betrieb zu lange einfach laufen lassen. Das waren Wochen, ja sogar Monate. Das geht natürlich nicht. Führung in einem Ampelbündnis mit zwei Juniorpartnern quasi auf Augenhöhe ist allerdings sehr herausfordernd. Scholz muss die Koalition zusammenhalten, die ja ein bunter Haufen ist, und dabei die Richtung vorgeben. Und er muss auch eine Führungspersönlichkeit darstellen, denn die Wählerinnen und Wähler haben ihn zum Kanzler gemacht, weil sie ihm diese Kompetenz zusprechen.

Ich dachte, der Mindestlohn habe eine besonders große Rolle beim Wahlsieg der SPD gespielt.

Römmele: Das stimmt nicht. Die Grünen und die FDP sind wegen ihrer Themen gewählt worden, aber nicht die SPD. Sie hat wegen Scholz und seiner wahrgenommenen Führungskompetenz gewonnen. Deshalb muss er diesen Führungsanspruch als Kanzler einlösen. Und dann stellt sich die große Frage: Wer ist denn die Führungspersönlichkeit in Europa, seit Angela Merkel weg ist? Tritt Scholz in ihre Fußstapfen oder ist es Frankreichs Präsident Emmanuel Macron?

Fragen über Fragen. Ich hätte auch noch eine: Hat das Gezerre um die diversen Entlastungspakete nicht bewiesen, wie schwierig es ist, in einer Dreier-Koalition gemeinsame Lösungen zu finden?

Römmele: Ja, es ist in der Tat schwierig, weil es in dem Bündnis viele rote Linien gibt, die die Parteien vorgeben. Das ändert nichts daran, dass Scholz seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs zu wenig in Erscheinung getreten ist. Das ist schlecht, denn Führung funktioniert nicht ohne Kommunikation und Dialog. Gerade in der Politik ist das von enormer Bedeutung.

Scholz zauderte oft. Erst wollte er nicht in die Ukraine reisen, dann aber doch.

Römmele: Ich will da jetzt nicht draufherumreiten. Ich finde ohnehin, dass nicht jeder in die Ukraine reisen muss. Klar ist aber: Die Kommunikation muss aktiv und nachhaltig sein. Da war Scholz anfangs eher schlecht. Ich habe aber seit einigen Wochen den Eindruck, dass er das jetzt selbst begriffen hat. Der Kanzler macht mehr Interviews, geht öfter ins Fernsehen, ist dialogischer. Aber keiner erwartet von ihm, dass er ständig Briefings abhält und dauernd das Tagesgeschäft kommentiert.

Muss er ja nicht, der Kanzler bestimmt die Richtlinien der Politik, also das große Ganze. Für das Tagesgeschäft sind die Ministerinnen und Minister zuständig.

Römmele: Genau. Scholz muss aber trotzdem die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Vor allem jetzt, da doch alle Angst vor dem Winter haben. Da ist politische Führung zentral. Für Scholz kommt erschwerend hinzu, dass Wirtschaftsminister Robert Habeck und Außenministerin Annalena Baerbock mit ihrer Kommunikation in der Öffentlichkeit frischer wirken. Das ist ja auch eine ganz andere Generation. Der Kanzler ist schon ewig in der Politik. Und im Prinzip ist er Merkel 2.0. Deshalb kann Scholz die beiden auch nicht kopieren und bleibt auf seine Art authentisch.

Er ist halt, wie er ist.

Römmele: Richtig. Er soll sich deshalb auch nicht verstellen. Ein Problem könnte dagegen Finanzminister Christian Lindner bekommen.

Wegen der Schuldenbremse?

„Lindner ist panisch“

Die Mannheimerin Andrea Römmele hat als Kommunikationsexpertin einen speziellen Blick auf den Politbetrieb in Berlin. In diesen Zeiten ist Führungsstärke besonders gefragt. Nicht jeder schneidet da gut ab

Von Walter Serif



Andrea Römmele

■ Andrea Römmele wurde am 22. März 1967 in Stuttgart geboren.

■ Sie studierte Politikwissenschaft an der Universität Heidelberg und der University of California in Berkeley.

■ Römmele arbeitete viele Jahre

am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES).

■ Seit 2010 ist Römmele – nach einem Zwischenstopp an der privaten Hochschule Bruchsal – Professorin für politische Kommunikation an der Hertie School in Berlin. Ihr privater Lebensmittelpunkt ist Mannheim. was

Römmele: Ja, er hält am Mantra fest, dass sie im nächsten Jahr wieder angewendet werden soll. Denn im Wahlkampf hat er das ja seinen FDP-Anhängern versprochen.

Wie lange kann Christian

Lindner das durchhalten? Alle in der Bundesregierung haben sich bewegt: Für die SPD ist ihr Weltbild von den lieben Freunden in Russland zerbrochen, die Grünen schalten die Atomkraftwerke noch nicht

ab. Aber die FDP sagt immer: Nein.

Römmele: Lindner ist die Opposition in der Regierung. Er ist panisch, weil er in diesem Jahr die Landtagswahlen verloren hat. Die FDP hat brutalen Gegenwind und muss schauen, dass ihr die Felle nicht wegschwimmen. Die Machtstatik in der Koalition hat sich enorm verschoben, weil die Grünen ohne Ende glänzen. Habeck ist nicht nur in der Bevölkerung populär, seine Werte sind im eigenen Lager sogar besser, obwohl er Dinge macht, die seinen Anhängern nicht gefallen können. Zum Beispiel Flüssiggas bei den Scheichs in Katar kaufen.

Noch mal: Muss Lindner sein Schuldenbremsen-Mantra nicht endlich stoppen – oder würde er sich da mit Blick auf die Umfragen sein eigenes Grab schaufeln?

Römmele: Was heißt denn Führung? Bestimmt nicht, das zu machen, was in den Umfragen populär ist. Führung heißt, Dinge zu machen, die die Leute am Ende des Tages gut finden. Das kann auch für die Schuldenbremse gelten.

Die Leute sagen dann: Super, das wollten wir schon immer so haben – obwohl es gar nicht stimmt.

Römmele: Klar. Manchmal muss ich auch mal etwas gegen den Willen der Mehrheit oder meine eigene Partei durchsetzen, wenn ich denke: Das ist das Richtige für das Land.

Baerbock hat kürzlich einen Shitstorm geerntet, weil sie sagte: Wir unterstützen die Ukraine unabhängig vom Wählerwillen. Die AfD nennt das Verfassungsverbruch.

Römmele: Quatsch. Baerbock hat immer gesagt: Wir unterstützen die Ukraine mit allen Mitteln, solange wir können. Jetzt kam nur der kleine Nachsatz: Egal, wie die Wähler das sehen. Das ist repräsentative Demokratie pur. Ich wähle jemanden, der dann die Entscheidungen frei nach seinem Gewissen trifft, ohne zu meinem Sprachrohr zu werden.

Sie schwärmen geradezu für Habeck und Baerbock. Ist das nicht ein bisschen übertrieben?

Römmele: Finde ich nicht, ich halte ja auch Scholz für keinen schlechten Kanzler, und seine Art hat auch etwas für sich. Er hat jetzt im Fernsehen gesagt, er bleibe als Kanzler ruhig. Das beruhigt die Leute, weil sie ihm eine Problemlösungskompetenz zusprechen. Habeck und Baerbock haben den Vorteil, dass sie anders reden und das bei den Menschen gut ankommt. Da fällt Lindner ein bisschen ab, er wirkt wie Westerville reloaded. Lindner pflegt auf diesen typischen Politsprech. Er spricht immer von der arbeitenden Mitte. Wer soll das denn sein?

Der typische FDP-Wähler.

Römmele: An die Menschen aus sozial schwächeren Schichten denkt er aber nicht.

Deshalb will Lindner ja immer die Gutverdiener besonders entlasten.

Römmele: Ja, aber das ist das Gegenteil von Solidarität, die wir jetzt im Winter besonders brauchen. Habeck sucht deshalb den Dialog mit den Menschen. Die Leute müssen wissen, um was es geht. „Frieren für die Ukraine“, das ist kein dummes Spruch. Wir müssen auch Opfer bringen können. In der chinesischen Sprache ist das Zeichen für Krise auch das für Chance. Vielleicht wäre es deshalb auch die Zeit für einen neuen Koalitionsvertrag. Den müsste die Ampel neu aushandeln, weil sich eben die Geschäftsgrundlage für das Regieren völlig geändert hat.

Dann könnte Lindner nicht mehr ständig mit seiner Schuldenbremse kommen.

Römmele: Ja. Er müsste sich dann mal was Neues einfallen lassen.